

Vorwort

Grenzen stehen für Trennung und Abschottung, aber auch für Neues, Unerwartetes, das erfahren kann, wer über sie hinwegsieht. Die Grenzstationen innerhalb Europas sind heute menschenleer, Kontrollen gibt es nicht mehr. Wie stumme Zeugen vergangener Tage stehen sie in der Landschaft, um sie herum erobert sich die Natur ihren Platz zurück. Die Menschen fahren achtlos an ihnen vorbei, Gebäude und Anlagen rosten vor sich hin, verfallen. Doch die Bilder der Fotografin Sabine Schröder, in denen scheinbar Desinteresse und Verfall zu sehen sind, zeigen in Wahrheit das genaue Gegenteil: Offenheit und Aufbau. Sie stehen für ein Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in dem selbstverständlich wird, was lange nicht selbstverständlich war. Die verfallenden Grenzstationen sind auf ihre Art Ausdruck des Einigungswillens der Völker Europas. Sie stehen für gegenseitiges Vertrauen und den einzigartigen Erfolg eines Friedensprojekts, das 1957 begann und unserem Kontinent die längste Friedensperiode seiner Geschichte schenkte.

Und doch ist Europa selber immer auch eine Grenzerfahrung – wo endet das Nationale, wo beginnt das Europäische? Die Begeisterung der frühen Jahre ist einem zwiespältigen Gefühl gewichen, das das Friedensprojekt zwar nicht vergessen hat, die EU aber gleichzeitig als Quell der Bürokratie immer kritischer in den Blick nimmt. Europa bedrohe die gewachsene nationale Identität, höhle die Souveränität seiner Mitglieder aus, mische sich zu stark ins tägliche Leben seiner Bürger ein, heißt es. Angesichts solcher Kritik droht der Einigungswille schwächer zu werden – und das Argument der europäischen Friedensdividende verliert damit weiter an Bedeutung. Wer 2009 volljährig wird, war beim Fall der Berliner Mauer noch nicht geboren, für die nächste Generation haben weder der Zweite Weltkrieg noch der Kalte Krieg biographische Bedeutung. Doch das Bewusstsein dafür, dass sich das tägliche Leben in Europa heute radikal von der europäischen Normalität der Vergangenheit unterscheidet, muss erhalten und weitergegeben werden. Dieser Aufgabe sieht sich dieses Buch, sehen sich unsere Gesprächspartner verpflichtet.

Sie alle sind Grenzgänger, Menschen, die die Linie zwischen Heimat und Fremde, zwischen Vertrautem und Neuem beständig überschreiten. Das kann nicht jeder. Dem einen macht das Fremde Angst, er verharrt lieber in vertrauter Umgebung und alten Gewohnheiten. Den anderen dagegen langweilt das Altbekannte schnell, er ist ständig unterwegs, dabei aber haltlos. Wenige schaffen es, einerseits Vertrautes zu schätzen und zugleich im Fremden Bereicherung zu sehen, das Alte zu respektieren und das Neue anzunehmen.

Wir wollen die Leser dieses Buches nach Europa mitnehmen auf eine Reise entlang der europäischen Grenzen, die das Trennende verloren haben. Wir wollen aber auch den Blick auf Grenzen richten, deren trennende Funktion nach wie vor wichtig ist.

Dazu haben wir mit Persönlichkeiten gesprochen, die durch Grenzerfahrungen geprägt wurden – mitunter im Wortsinne. Exemplarisch hierfür stehen zwei ehemalige Außenminister, die auf den ersten Blick nicht unterschiedlicher sein könnten: Hans-Dietrich Genscher, Deutscher, Jahrgang 1927, und Kristiina Ojuland, Estin, Jahrgang 1966. Genscher, geboren in Halle, flieht 1952 in den freien Teil Deutschlands, war durch die Schaffung der KSZE ab 1977 an der friedlichen Aufhebung der Grenzen in Europa beteiligt, um dann nach 1989 an ihrer endgültigen Überwindung und der Wiederherstellung der deutschen Einheit entscheidend mitzuarbeiten. Die deutsch-deutsche Grenze war der offensichtlichste Ausdruck der Unterdrückung der Menschen in seiner alten Heimat.

Für Kristiina Ojuland und ihre Freunde in der baltischen Unabhängigkeitsbewegung ging es dagegen zunächst einmal darum, die alte Grenze zur russischen Besatzungsmacht wieder herzustellen. Im Zuge der Besetzung Estlands, Lettlands und Litauens durch die Sowjetunion 1941 war sie beseitigt worden, die alten Grenzverträge galten nicht mehr. Nur durch die Wiederherstellung der Grenze konnte Estland zusammen mit den anderen baltischen Ländern in Europa ankommen.

Grenze als Unterdrückung und Grenze als Befreiung – Europa kannte und kennt beides. Viele der Gespräche bringen das zum Ausdruck. So fordert Seyran Ateş eine europäische Leitkultur und legt Wert darauf, dass sie sich von der gegenwärtig oft autoritären, ja gewalttätigen



Kultur in den Parallelgesellschaften unserer Städte abgrenzt. Doch sie sieht auch einen neuen Ansatz, den der transkulturellen Identität, die es Grenzgängern erlaubt, mit ihren verschiedenen Identitäten im Einklang zu leben. Henryk M. Broder geht sogar so weit, das Ende der Toleranz zu fordern, weil die Feinde der offenen Gesellschaft sich nur deshalb für eine solche einsetzen, damit sie sie besser bekämpfen können. Die Grenze bekommt hier die Funktion einer »roten Linie«, sie dient der Selbsterhaltung. Das ehemals Trennende der Grenze zwischen Deutschland und Frankreich wird im Gespräch mit Pascale Hugues noch einmal lebendig. Wie stark der gegenseitige Hass war und wie konkret er Schicksale in beiden Ländern bestimmen konnte, ist für uns heute kaum mehr vorstellbar. Doch kann man sich die Grenzen in Südosteuropa dadurch besser vor Augen führen. Sie werden von Juli Zeh so gegenwärtig wie eindringlich geschildert, denn dort ist die Trennung noch heute ganz real. Dies gilt auch für die Grenze zwischen denjenigen Ländern in Südosteuropa, die nicht Teil der EU sind, und jenen, die schon dazugehören.

Daniel Cohn-Bendit zieht bewusst eine Grenze zwischen der Generation und den Erfahrungen von 1968 und der von heute. Er fordert

alle, die sich in der Vergangenheit festbeißen, dazu auf, 1968 zu vergessen, sich auf die Probleme der Gegenwart zu konzentrieren. Seine Utopie heißt »Europa«. Denn durch die europäischen Institutionen müsse heute marschieren, wer wirklich etwas erreichen wolle. Friedrich Merz hat diesen Marsch hinter sich – er begann seine politische Laufbahn als Europaabgeordneter und bewegt sich seither nicht nur an der Grenze zwischen nationaler und europäischer Politik, sondern auch an der Grenze zwischen wertkonservativen und liberalen Ansichten. Sein Buch »Mehr Kapitalismus wagen« würde EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes sicher gut gefallen. Doch dass ein Markt ohne Regeln nicht auskommt, weiß kaum jemand besser als sie. Zu ihren Aufgaben gehört der Schutz der Bürger vor Kartellen, Preisabsprachen und Industriegiganten, die kleinere Unternehmen drangsaliieren und den Verbrauchern ihre Preise diktieren wollen. Der Nutzen der EU für den Bürger zeigt sich oft, wenn die Wettbewerbshüterin wieder einmal ein Kartell aufbricht oder ein Großunternehmen dafür bestraft, dass es mittelständische Konkurrenz mit unlauteren Mitteln aus dem Markt gedrängt hat. Doch auch Neelie Kroes stellt fest, dass es nicht immer leicht ist, eine klare Grenze zwischen freiem Markt und geregelter Wettbewerb zu ziehen.

Dass Europa vielfältiger wird, Menschen aus aller Welt zu uns strömen und unsere Städte ihre Gesichter verändern, war schon immer Teil der Geschichte unseres Kontinents. Einen integrativen Gründungsmythos, wie ihn Amerika erfunden hat, kennt Europa nicht. Statt wie in einem Schmelztiegel – trotz aller Unterschiede – in einer homogenen Gemeinschaft aufzugehen, war es in Europas Geschichte schon immer wichtiger, nationale, sprachliche oder kulturelle Unterschiede zu erhalten und sich durch sie abzugrenzen. Seit fast 500 Jahren trennt die Grenze zwischen den Konfessionen insbesondere in Nord- und Westeuropa gläubige Christen voneinander. Dennoch stimmen evangelische und katholische Kirche darin überein, dass es notwendig ist, in Fragen der moralisch-ethischen Entwicklung Europas Orientierung zu bieten. Für Bischof Wolfgang Huber besteht eine wichtige Grenze zwischen christlichem Abendland und politischem Europa, während für Abt Gregor Henckel Donnermarck ein nichtchristliches Europa gar nicht mehr europäisch wäre.

Doch was ist europäisch? Für den Präsidenten des deutsch-französischen Kultursenders ARTE, Gottfried Langenstein, stellt sich diese Frage jeden Tag aufs Neue. Wo verläuft die Grenze zwischen den zahlreichen nationalen Öffentlichkeiten und der vielbeschworenen europäischen Öffentlichkeit?

Europa ist ein Friedens-, aber auch ein Freiheitsprojekt. Die hier abgedruckten Fotos der verlassenen Grenzen zeigen neben dem Prinzipiellen auch etwas ganz Praktisches: Reisefreiheit, Bewegungsfreiheit, Niederlassungsfreiheit – Errungenschaften des europäischen Einigungsprozesses. Neben der Annäherung an Europa versucht dieses Buch daher auch eine Annäherung an Begriff und Realität des »Liberalen«. Wir haben alle unsere Gesprächspartner gefragt, ob sie sich für einen liberalen Menschen halten und was sie mit diesem Begriff verbinden. Herausgekommen ist ein Kaleidoskop an Antworten, das spannend vielfarbig, dessen Kern aber bei allen der gleiche ist: Freiheit. Sie scheint uns in Europa ebenso selbstverständlich wie der Frieden zu sein, sie ist es aber nicht. Ob es Neonazis und Linksextremisten in Deutschland sind, ein Medienzar, der gleichzeitig Premierminister seines Landes ist, islamische Fundamentalisten, die Anschläge in London und Madrid verüben, oder ob uniformierte Nationalisten in Ungarn durch die Straßen marschieren – Bedrohungen der Freiheit kommen heute nicht mehr in erster Linie von außen, die offene Gesellschaft hat auch innere Feinde. Auch deshalb will dieses Buch die Bedeutung der Freiheit für Europa zu Beginn des 21. Jahrhunderts beleuchten.

Alexander Graf Lambsdorff, im März 2009





Deutschland — Tschechische Republik, Rumburk, März 2008



Daniel Cohn-Bendit

über Identität

Daniel Cohn-Bendit, geboren 1945 in Montauban, war 1968 prominentester Sprecher der Pariser Mairevolte. Nach seiner Ausweisung aus Frankreich trat er 1984 den Grünen in Deutschland bei. 1994 wurde Cohn-Bendit Abgeordneter im Europäischen Parlament, seit 2002 ist er Co-Vorsitzender seiner Fraktion. 2007 erschien sein Buch »1968: Die Revolte«.

-- Herr Cohn-Bendit, Sie verfügen über eine bemerkenswerte europäische Biographie: In Frankreich geboren, haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit gewählt. Sie sind in Nanterre ebenso zu Hause wie in Frankfurt am Main, wurden von der Regierung in Paris ausgewiesen und dann für die französischen Grünen Mitglied des Europäischen Parlamentes. Man kann sich vorstellen, dass Ihnen dieser Lebenslauf eine gewisse Genugtuung bereitet – verhält es sich so?

-- Ja, aber was heißt Genugtuung, denn erst mal verhält es sich ja objektiv so. Ich habe mir meine europäische Identität nicht ausgesucht, sondern sie ist das Ergebnis der Tatsache, dass meine Eltern 1933 aus Deutschland emigrieren mussten und dass dann immer ein Hin und Her entstanden ist, das mir diese Identität gegeben hat. Diesen Anspruch stelle ich nicht an andere, sondern es ist nun einmal bei mir wohl so, dass ich sagen kann, ich habe mehr eine europäische transnationale Identität als eine nationale.

-- Für die Philosophen mag der Weg das Ziel sein, bei Politikern will man ja, dass sie etwas erreichen. Was haben Sie erreicht?

-- Es kommt darauf an, was man in unterschiedlichen Lebensphasen erreicht. Ich glaube, als ich 1968 anfang, Politik zu machen, habe ich in mindestens zwei Gesellschaften, nämlich Deutschland und

Frankreich, erreicht, dass eine Zäsur ermöglicht wurde, die zu einer freieren und offeneren Gesellschaft führte. In ihr können autonome Menschen besser leben, und diese Selbständigkeit ermöglicht auch ein ganz anderes kollektives politisches Handeln.

-- Wenn es um die Globalisierung und die Ängste der Menschen davor geht, kommt meist das Thema »Soziales Europa« auf. In diesen Diskussionen wird dann gern darauf verwiesen, dass am Anfang der EU eine Wirtschaftsgemeinschaft und nicht das Soziale stand. Richtig ist, dass der Bürger letztlich darauf vertrauen kann, dass die nationale Solidargemeinschaft ihn im Notfall nicht verhungern lässt, aber dieses Vertrauen wird nicht auf die EU bezogen. Hat die EU überhaupt eine Chance, dies zu erreichen?

-- Es gibt in der Tat das Bewusstsein, dass der Nationalstaat seine Menschen schützt, etwa im Krieg. Der Nationalstaat ist eine Sozialversicherung und er ist auch die Institution, die Bildung garantiert. Heute aber, in der Zeit der Globalisierung, kann das, wozu der Nationalstaat sich entwickelt hat, nämlich Regeln für das Zusammenleben der Menschen, den Markt und seine sozialen Auswirkungen zu etablieren, nicht mehr geleistet werden. Und deshalb befinden wir uns jetzt in einer historischen Übergangsphase, in der Europa bestimmte Funktionen des Nationalstaats übernehmen muss. Doch das ist ein historischer Prozess, und die Schwierigkeit bei all diesen Fragen und Diskussionen ist ja immer: Wie lange hat es gedauert, bis wir überhaupt Nationalstaaten hatten? Wenn Sie die Französische Revolution nehmen und sich dann den französischen Nationalstaat zehn Jahre danach ansehen, dann ist da gar nichts. Wir haben inzwischen fünfzig Jahre Europa, das ist viel und gar nichts. Und in diesem neuen historischen Prozess muss Europa eine eigene Definition der sozialen Sicherheit finden. Das ist die Auseinandersetzung, die wir heute haben. Ich glaube, wir haben eine Chance, das in den nächsten Jahren zu schaffen, aber das wird noch schwierige politische Auseinandersetzungen nach sich ziehen.

-- Wird es nur die Chiffre von einem sozialen und beschützenden Europa, das uns in der Globalisierung hilft, geben, oder wird es auch tatsächlich eine europäische Sozialpolitik geben, die von einem europäischen Demos getragen wird?

-- Diese Frage verbindet sich nicht nur mit Sozialpolitik. Die Frage des europäischen Demos ist eine Grundsatzfrage. Ich sage immer, wir müssen eine europäische Öffentlichkeit schaffen, denn die Bedingung für eine demokratische europäische Gesellschaft ist eine europäische Öffentlichkeit. Da müssen wir hin. Ich gebe zu, dass ich keine fertige Antwort habe. Wir hatten ja damals eine Diskussion über die Frage der Abstimmung über den Verfassungsvertrag. Die FDP war für einen Volksentscheid in Deutschland, während ich der Meinung war, dass nationale Volksentscheide die Pest sind. Aber klar ist auch, dass in Frankreich, in den Debatten über den Verfassungsvertrag, eine irrsinnige Öffentlichkeit geschaffen wurde. Deshalb glaube ich, dass wir eine Methode finden müssen, diese europäische Öffentlichkeit zu schaffen. Wenn wir zum Beispiel den europäischen Volksentscheid gehabt hätten, also alle Europäer über den Verfassungsvertrag abgestimmt hätten, dann hätte man sagen müssen: Wenn es eine doppelte Mehrheit gibt, dann müssen die, die Nein gesagt haben, entscheiden, ob sie drin bleiben oder draußen. Dann haben Sie eine europäische Öffentlichkeit.

-- Würden Sie sich selbst auch als liberalen Menschen bezeichnen? Was verbinden Sie mit dem Begriff liberal?

-- Ich glaube, dass der politische Liberalismus einen entscheidenden Beitrag geleistet hat zur Definition der Demokratie. Wenn man Hannah Arendt liest, sieht man klar, dass demokratische Institutionen auch da sind, um die Menschen manchmal vor ihrem eigenen Wahnsinn zu schützen. Und in dem Maße ist natürlich der Liberalismus, ob man Alexis de Tocqueville nimmt oder sogar Adam Smith, Teil der Grundtheorien der politischen Demokratie. Das Problem ist, dass er sich wie alles weiterentwickeln muss und dass wir heute mit der ökologischen Herausforderung Demokratie auch neu legitimie-

ren und bestimmen müssen, genauso, wie die Globalisierung uns plötzlich zwingt, über den Nationalstaat hinauszusehen. Und das zwingt uns, eine neue Dimension demokratischer Institutionen zu definieren.

-- Sie haben ein Buch veröffentlicht, in dem sie aufrufen: »Vergesst 68«. Das hat viele erstaunt. Viele hängen an dem Mythos 68, viele zehren daraus – auch biographisch – enorm. Warum sagen Sie, vergesst 68?

-- Die Idee dahinter ist folgende: Sarkozy will 68 liquidieren, das hat er in seinem Wahlkampf gesagt. Ich sage, das ist eine falsche Debatte. 68 hat unsere Gesellschaft von Grund auf verändert, 68 hat einen Veränderungsprozess eingeleitet. Heute haben wir andere Probleme, haben wir eine andere Gesellschaft, also vergesst 68, weil das, was damals Inhalt der Auseinandersetzung war, auch die Form der Auseinandersetzung, heute nicht mehr gilt. Das heißt nicht, dass es schlecht war, es war wunderbar – sage ich ja auch in dem Buch. Das waren für die, die es erlebt haben, tolle historische Wochen, Monate, Jahre. Nun aber ist es vorbei, und ich will keine Revolutionsromantik in Aspik. Frankreich hat über zwei Jahrhunderte gebraucht, um zu verstehen, dass die Französische Revolution vorüber ist, dass man nicht ewig diese Auseinandersetzung weiter treiben kann zwischen Jakobinern und Girondisten. Ich habe mir vorgenommen, 68 noch zu meinen Lebzeiten zu begraben. Es ist vorbei, jetzt müssen wir uns den Herausforderungen von heute stellen.

-- In der Sprache von 68 gefragt, durch welche Institutionen muss man heute marschieren, um etwas zu erreichen?

-- Ich würde immer sagen, durch Europa. Es ist viel schwerer, heute jung zu sein, als vor vierzig oder fünfzig Jahren. Klimawandel, Arbeitslosigkeit, Aids, Globalisierung kannte man damals nicht. Das heißt, wir leben in einer viel bedrohlicheren Zeit ...



-- Immerhin gab es die Angst vor sowjetischen Nuklearraketen und der kommunistischen Bedrohung.

-- Das stimmt, aber damals galt ja, wir wollen unsere Zukunft selbst gestalten, heute sagen die jungen Menschen, wir wollen überhaupt eine Zukunft. Ich glaube, dass die jungen Menschen heute nicht von der Welt beherrscht werden wollen. Das sieht man an den Globalisierungskritikern. Die Menschen suchen eine Orientierung. Wie können wir diese globale Welt – wie sie nun mal heute ist – in den Griff kriegen? Und dann, wenn man diese Frage stellt, dann kommt man unmittelbar auf Europa, denn nur eine funktionierende Europäische Union wird unsere Unabhängigkeit, unsere Autonomie, sei es in kultureller, sozialer, politischer, friedenspolitischer Hinsicht, garantieren. Deshalb sage ich, wenn es noch eine Utopie gibt, dann ist es Europa.